

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

21. August 2020

Wochenbericht KW 34

forsa | Kantar | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 37 % bzw. 36 %, SPD bei 17 % bzw. 16 %
	Grüne zwischen 20 % und 16 %, AfD bei 10 % bzw. 9 %
Wirtschaft:	6 von 10 Bürgern erwarten Verschlechterung der ökonomischen Lage
Allgemeine Lebenslage:	Weniger Bürger sehen Entwicklung im Land positiv
	Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, aber große Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen
Thema der Bundesregierung:	Coronavirus
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar¹ für BamS	infratest dimap ² für ARD	
CDU/CSU	36 (-2)	36 (-)	37 (-1)	
SPD	16 (+2)	17 (-1)	16 (+1)	
FDP	6 (-)	7 (+1)	6 (-)	
DIE LINKE	6 (-2)	8 (-)	8 (+1)	
B'90/Grüne	20 (+2)	16 (-)	17 (-1)	
AfD	9 (+1)	10 (-1)	10 (-1)	
Sonstige	7 (-1)	6 (+1)	6 (+1)	
Erhebungszeitraum	1014.08.	1319.08.	1819.08.	

Die Union liegt bei infratest dimap 21 (-2), bei forsa 20 (-4) und bei Kantar 19 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Linkspartei liegt bei forsa bei 6 %. Dies ist der niedrigste von diesem Institut gemessene Wert seit September 2019.

(Zeitreihen: forsa, Kantar, infratest dimap)

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa ³ für RTL/n-tv		
Markus Söder	38 (-3)		
Olaf Scholz	16 (+2)		
Robert Habeck	19 (-1)		
keinen davon	27 (+2)		
Erhebungszeitraum	1014.08.		

Markus Söder liegt bei der Kanzlerpräferenz mit 22 (-5) Prozentpunkten Abstand deutlich vor Olaf Scholz und mit 19 (-2) Prozentpunkten deutlich vor Robert Habeck.

71 % (-1) der <u>CDU-Anhänger</u> präferieren Söder, 8 % (-1) Scholz und 5 % (-) Habeck.

Von den <u>CSU-Anhängern</u> würden sich 86 % (-1) für Söder, 2 % (-) für Scholz und 1 % (-) für Habeck entscheiden.

69 % (+15) der <u>SPD-Anhänger</u> favorisieren Scholz, 10 % (-10) Söder und 9 % (-3) Habeck.

Von den <u>Grünen-Anhängern</u> würden sich 60 % (-3) für Habeck, 14 % (-3) für Söder und 11 % (+4) für Scholz entscheiden.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (23.08.2020)

² im Vergleich zur KW 32

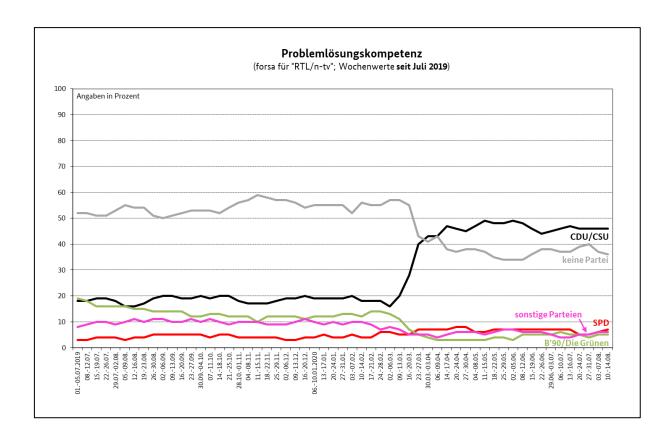
³ im Vergleich zur KW 31

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	46 (-)	
SPD	7 (+1)	
Grüne	5 (-)	
sonstige Parteien	6 (-)	
keine Partei	36 (-1)	
Erhebungszeitraum	1014.08.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union mit 39 (-1) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 10 (+1) Prozentpunkten vor dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.



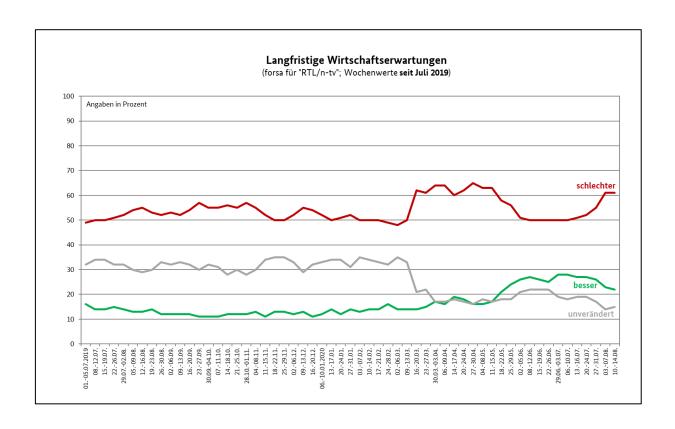
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	22 (-1)	
schlechter	61 (-)	
unverändert	15 (+1)	
Erhebungszeitraum	1014.08.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 39 (+1) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



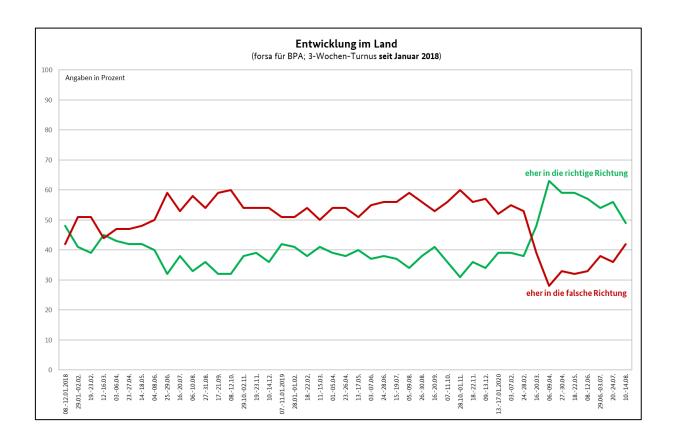
Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

7.11.640.011.11.1.02.011.1, 11.1.1.01.610.1011.241	0=	
Die Dinge entwickeln sich	forsa für BPA	
eher in die richtige Richtung	49 (-7)	
eher in die falsche Richtung	42 (+6)	
Erhebungszeitraum	1014.08.	

Anhänger der Union (61 %), der SPD und der Grünen (jew. 59 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die <u>richtige</u> Richtung geht. Gutverdiener meinen dies eher als Geringverdiener (53 % zu 36 %).

Für Anhänger der AfD (96 %) und der FDP (57 %) geht die Entwicklung hingegen überdurchschnittlich oft eher in die <u>falsche</u> Richtung. Personen mit einfacher formaler Bildung sind eher dieser Meinung als Personen mit hoher formaler Bildung (52 % zu 40 %).



Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem?	(sehr) zufrieden		weniger b gar nich zufriede	ıt
Lebensqualität	87	(-2)	12	(+1)
Lage am Arbeitsmarkt	55	(-3)	37	(+3)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	54	(+2)	45	(-1)
Schul- und Bildungssystem	39	(+1)	58	(+1)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	38	(-2)	52	(+2)
Umwelt- und Klimaschutz	38	(-3)	61	(+3)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	36	(-2)	59	(+1)
Sicherung der Altersversorgung	36	(-2)	62	(+2)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	35	(-)	63	(-)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	33	(-1)	64	(+2)
Versorgung von Pflegebedürftigen	27	(-2)	69	(+3)
Erhebungszeitraum		101	4.08.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger zeigt sich mit der Lebensqualität (87 %), der Lage am Arbeitsmarkt (55 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (54 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In acht von elf Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

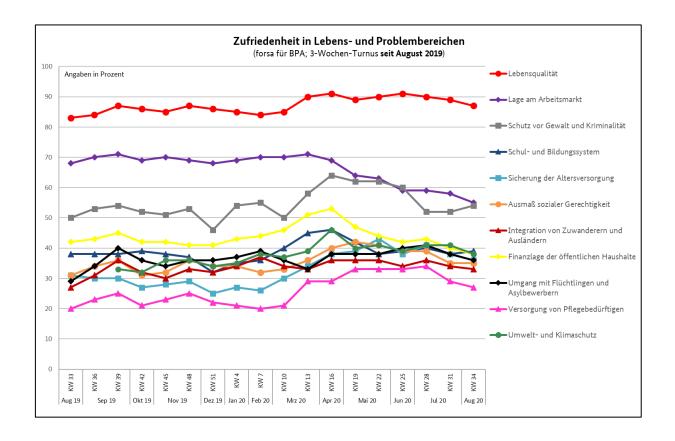
30- bis 44-Jährige (70 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit der <u>Lage am Arbeitsmarkt</u>. Gutverdiener sind häufiger (sehr) zufrieden als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (67 % zu 43 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (63 % zu 30 %). Über 45-Jährige (44 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden mit der Lage am Arbeitsmarkt.

Anhänger der Grünen (71 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 45-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 45-Jährige (65 % zu 46 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (64 % zu 27 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (59 % zu 47 %). Anhänger der AfD (77 %) sind besonders oft weniger bzw. gar nicht zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität.

Geringverdiener (71 %) und Anhänger der AfD (86 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit der <u>Sicherung der Altersversorgung</u>, unter 60-Jährige häufiger als über 60-Jährige (70 % zu 48 %).

Ostdeutsche (71 %) sowie Anhänger der AfD (89 %) und der Linkspartei (76 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit dem <u>Ausmaß sozialer Gerechtigkeit</u>. Über 60-Jährige sind häufiger unzufrieden als unter 30-Jährige (71 % zu 56 %), Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (72 % zu 58 %) und Geringverdiener häufiger als Gutverdiener (80 % zu 60 %). Hingegen sind Anhänger der FDP (50 %) überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit.

Unzufrieden sind Anhänger der FDP (91 %) dagegen besonders oft mit der <u>Versorgung von Pflegebedürftigen</u>, ebenso Anhänger der AfD (80 %).



Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

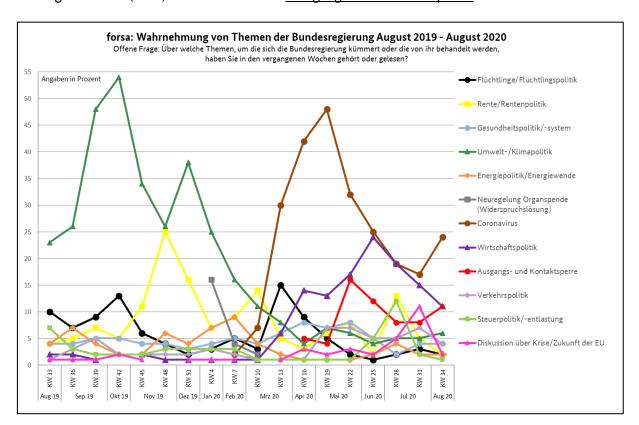
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 31

	forsa für BPA	
Coronavirus	24	(+7)
Wirtschaftspolitik	11	(-4)
Ausgangs- und Kontaktsperre	11	(+3)
Umwelt-/Klimapolitik	6	(+1)
Erhebungszeitraum	1014.08.	

Das Coronavirus ist weiterhin das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben. Im Vergleich zur letzten Erhebung hat es wieder an Bedeutung gewonnen (+7 Prozentpunkte).

Gutverdiener nennen die Wirtschaftspolitik häufiger als Geringverdiener (15 % zu 5 %).

Anhänger der FDP (22 %) nennen das Thema "Ausgangs- und Kontaktsperre" besonders oft.



Wichtigste Themen

Anga	hen	in	Pro	zent
/ \III & u	UCII		1 10	20110

	forsa für BPA	
Coronavirus	68	(+4)
Wahl in Weißrussland/Belarus	13 (+	+10)
USA: Präsident Trump, Wahlkampf, Unruhen wegen Polizeigewalt		(+3)
Allgemeine Wirtschaftslage	7	(+2)
Erhebungszeitraum		8.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Coronavirus.

Anhänger der Grünen (21 %) nennen das Thema "Wahl in Weißrussland/Belarus" überdurchschnittlich oft. Personen mit hoher formaler Bildung beschäftigen sich häufiger damit als Personen mit einfacher formaler Bildung (18 % zu 3 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (18 % zu 9 %).

Männer erwähnen das Thema "USA: Präsident Trump, Wahlkampf, Unruhen wegen Polizeigewalt" häufiger als Frauen (18 % zu 9 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (18 % zu 8 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (17 % zu 6 %).

